

DIE DYNAMIK DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN LITAUEN UND RUßLAND

Kestutis Masiulis

Mit dem Akt zur Wiederherstellung eines unabhängigen Staates vom 11.3.1990 hat sich Litauen zum dritten Mal auf der politischen Karte Europas etabliert. Im Mittelalter ein großer europäischer Staat, hatte Litauen seine Macht allmählich eingebüßt und wurde schließlich Ende des 18. Jahrhunderts vom Zarenreich besetzt. Eine Möglichkeit zur Wiederherstellung der litauischen Staatlichkeit ergab sich erst am Ende des Ersten Weltkrieges, als das durch Revolutionen geschwächte Rußland Litauen nicht länger zu halten vermochte. Dem kleinen Land gelang es dann zwei Jahrzehnte lang, zwischen den Interessen der mächtigen Nachbarn Deutschland, Polen und Rußland bzw. UdSSR zu lavieren, bis es 1940 von der UdSSR besetzt und als Sowjetrepublik in diese eingegliedert wurde.

Litauen ist inzwischen wieder unabhängig, aber seine Sicherheit wird sehr wahrscheinlich auch in der überschaubaren Zukunft größtenteils vom Verhältnis zu Rußland bestimmt. In vorliegendem Beitrag wird der Versuch unternommen, die Eigenarten der litauisch-russischen Beziehungen während und nach dem Zerfall des Sowjetimperiums sowie ihre weitere Entwicklung anhand von drei wichtigen Problembereichen – Politik/Militär, Wirtschaft und nationale Minderheiten – zu skizzieren.

Litauen und Rußland: Anfang der nationalen Wiedergeburt

Der Politologe G. Vitkus betrachtete die litauisch-sowjetischen Beziehungen im Zeitraum 1945-90 als Verhältnis zwischen einer Besatzungsmacht und einem okkupierten Land. Ansatzpunkte für die heutigen Verhältnisse sowie Erklärungen mancher Erscheinungen, insbesondere aber Denkweisen finden sich in der Vergangenheit, konkret in der zaristischen Zeit bzw. der Zeit nach der sowjetischen Okkupation von 1940. Als Bestandteil der UdSSR hat sich Litauen durch intensiven Widerstand gegen das sowjetische Regime u.a. in Gestalt der Tätigkeit von Dissidenten ausgezeichnet. Die Politik des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow (ab 1985) schuf dann Voraussetzungen für das Entstehen von Bürgerinitiativen, die sich Schritt für Schritt immer offener in der Opposition gegen das dominierende Regime im de facto besetzten Litauen behaupten konnten. 1987/88 manifestierte sich der nationale Aufbruch in Litauen öffentlich; zu seinem Symbol wurde ab Mitte 1988 die gut organisierte Bürgerbewegung "Sajudis". Sie stellte zunächst keine radikalen Forderungen, breitete sich aber schnell aus und gewann immer mehr an Einfluß; dementsprechend wandelten sich auch die Ziele. Bereits 1989/90 vertrat "Sajudis" eine strenge und kompromißlose Haltung gegenüber der UdSSR und ihrer Führung. Unter Ausnutzung der "Glasnost"-Politik Gorbatschows nannte "Sajudis" die sowjetische Okkupation des Baltikums, die bis dahin nicht als solche bezeichnet werden durfte, beim Namen und forderte eine rechtmäßige Lösung dieser Angelegenheit. "Sajudis" konnte sie durch seine Aktivitäten sowohl in Litauen als auch im Ausland sowie durch politische Demarchen in Moskau (insbesondere während der Tagungen des Volksdeputiertenkongresses der UdSSR) zu einem wichtigen sowjetischen Problem machen. Zu erwähnen sind auch jene Aktivitäten, die auf eine Internationalisierung der baltischen Frage abzielten. Der Westen hatte überwiegend Okkupation und Annexion der baltischen Staaten jahrzehntelang nicht anerkannt und wurde gewissermaßen in die Enge getrieben, als er vor der Frage stand, für wen er sich entscheiden sollte: entweder für den allseits geschätzten Gorbatschow, der Garant einer demokratischen Entwicklung zu sein schien, oder für die (in der UdSSR vielfach so genannten) "baltischen Nationalisten". Eine Unterstützung Gorbatschows hätte diesem wohl die Ausschaltung der "Nationalisten"

gestattet. Sukkurs für diese hätte dagegen bedeutet, ihnen zu gestatten, am Fundament der UdSSR zu rühren, was eventuell das politische Ende von Gorbatschow selbst bedeuten könnte.

Die sogenannte "singende Revolution" in Litauen endete unglaublich friedlich und tolerant. Dramatische Ereignisse haben später nicht zu Racheaktionen an Vertretern von sowjetischem bzw. russischem Militär, Spezialeinheiten der Miliz (OMON) oder KGB sowie nationaler Minderheiten nach sich gezogen, auch wenn bestimmte Dienste recht erfolgreich die Stimmungen der Minderheiten manipulieren konnten.

Um wieder einen unabhängigen Staat aufzubauen, mußte man vor allem das Okkupationsregime abschütteln. Deswegen hat die Bewegung bald nicht nur einen nationalen, sondern auch antisowjetischen und antikommunistischen Befreiungscharakter angenommen, ohne dabei aber antirussisch zu werden. Die "singende Revolution" der baltischen Völker glich vor dem Hintergrund gleichzeitiger und späterer blutiger Ereignisse in anderen Sowjetrepubliken und am Balkan einem Wunder. Die Trennungslinie zwischen dem sowjetischen Imperium und Rußland, zwischen der kommunistischen und "Großmacht"-Ideologie war weder markant noch überhaupt offensichtlich. Das wird heutzutage öfters von maßgebenden russischen Theoretikern betont, so z.B. dem einflußreichen Abgeordneten der Staatsduma (Unterhaus des russischen Parlaments) und Historiker Alexej Arbatow. Er benutzte den Begriff "russisches/sowjetisches Imperium" und gab zu, daß die UdSSR ein direkter Nachfolgestaat des russischen Reiches war, der "alle fundamentalen wirtschaftlichen und politischen Züge mit grausamsten und extremen Mitteln übernommen und dabei nur äußere Attribute, die offizielle Religion bzw. Thronfolge verändert hat". Nicht nur die Entwicklung des zaristischen Rußland, sondern auch des sowjetischen Imperiums sei wesentlich von einer großrussischen Ideologie und der "russischen Mission" bestimmt gewesen. Schließlich behauptet Arbatow, daß gleiche Denkart auch für die heutige russische Perzeption der Außenwelt und die Wechselwirkung mit ihr typisch sind.

Die kommunistische Wirklichkeit selbst hat die Kultur der nationalen Minderheiten der tagtäglichen, vom "großen Bruder" Rußland vorgegebenen Praxis gegenübergestellt. Zahlreiche Litauer waren aus ihrer Heimat nach Rußland deportiert worden, woran in der kollektiven Wahrnehmung der Litauer "die Russen" Schuld trugen. Die Tatsache, daß das litauische Volk nach einer jahrzehntelangen Russifizierungs- und Kolonisierungspolitik nicht nach Vergeltung gerufen hat, ist durch bürgerliche und politische Reife, Einigkeit und die Entwicklung eines kollektiven Volksbewußtseins zu erklären, das sich selbst unter den Bedingungen von Gewalt, Isolation und Desinformation herausbilden konnte. Eine solche Schlußfolgerung hat vor allem dann ihre Berechtigung, wenn man die Ereignisse in und um Litauen mit den Exzessen im Kaukasus oder im früheren Jugoslawien vergleicht.

Litauen und "Sajudis" spielten im Zerfallprozeß der UdSSR eine führende Rolle. "Sajudis" gewann bei den Wahlen zum Obersten Sowjet Litauens 1990 die Mehrheit und proklamierte bereits in seiner ersten Sitzung am 11.3.1990 einen Akt zur Wiederherstellung des unabhängigen litauischen Staates. Die Konfrontation zwischen Litauen und der UdSSR erreichte ihren Höhepunkt. Die sowjetische Führung unter Gorbatschow begann, Litauen mit allen möglichen Mitteln zu bedrängen: Politische und rechtliche Forderungen; eine Wirtschaftsblockade; militärische Gewalt; eine Desinformationskampagne in Litauen, in der UdSSR und im Ausland; Inspiration von sich dem nationalen und demokratischen Aufbruch entgegenstellenden Bewegungen der nationalen Minderheiten; Versuche, nationale Zwietracht zu provozieren. Es kam zu einem schwierigen Test sowohl für die neue litauische Führung als auch für die Litauer selbst. Allerdings wurden die sowjetisch-litauischen Gegensätze gerade durch Rußland gemildert, das für eine Zeitlang zum Verbündeten Litauens in der Konfrontation mit der sowjetischen Führung geworden war.

Demokratische Prozesse haben nicht nur auf Randgebiete des sowjetischen Reiches, sondern auch auf dessen Kern, nämlich eben Rußland, Einfluß ausgeübt. Dort nahm im Mai 1990 der

neue Oberste Sowjet unter Boris Jelzin, einem Opponenten Gorbatschows, seine Tätigkeit auf. Die spätestens seit 1987 (als Gorbatschow Jelzin vom Posten des KP-Chefs von Moskau entfernt hatte) anhaltende Konfrontation der beiden Politiker gewann damit institutionellen Charakter: Persönliche Konfrontation und Konkurrenz schlugen in einen Konflikt zwischen dem sowjetischen Zentrum und der Rußländischen Sowjetrepublik um. Für Litauen, das die UdSSR maximal zu isolieren bestrebt war, entstand nun unerwartet eine Möglichkeit, diese Situation auszunutzen. Jelzin war daran interessiert, möglichst viel politische Macht in seine Hände zu bekommen, und versuchte in seinem Ringen mit Gorbatschow, die Befugnisse der zentralen sowjetischen Macht einzuschränken. Das war auch für Litauen eine lebenswichtige Frage. Diese Interessensgleichheit hat Litauen und Rußland für kurze Zeit einander nähergebracht. Eine Annäherung wurde auch durch andere Bedingungen gefördert, z.B. durch den Einfluß der russischen Demokraten auf Jelzin, welche offen mit Litauen sympathisiert, mit dessen Führung Kontakte unterhalten und ihre Ziele unterstützt haben. Diese Haltung hat zur Schwächung der von Gorbatschow eingeführten Wirtschaftsblockade gegen Litauen beigetragen; Jelzin protestierte persönlich gegen die blutigen Aktionen sowjetischer Sicherheitskräfte in Vilnius im Jänner 1991.

Die litauische Führung unter Vytautas Landsbergis, dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Republik, welcher die Unabhängigkeit proklamierte, nahm damals Kurs auf eine kompromißlos moralische Politik. Diese war auf die Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und eine allein durch rechtliche Mittel und friedliche Aktionen zu erreichende Befreiung Litauens ausgerichtet, wollte zu einem möglichst schnellen Ende des sowjetischen Regimes beitragen und das litauische Problem internationalisieren. Obwohl die litauische Politik pragmatische westliche Politiker erschreckt bzw. in eine unangenehme Lage gebracht hat, läßt sich aus der heutigen Perspektive sagen, daß sich dieser Kurs bewährte. Dies wurde auch angesichts des Putsches in Moskau im August 1991 klar: Litauen hat viel dazu beigetragen, daß es damals keine Rückkehr zur Stagnation mehr gab; seine friedlichen Methoden, bestimmte Anliegen zu artikulieren, haben auch auf den Moskauer Straßen Anwendung gefunden.

Das Scheitern des Putsches hat in Rußland den endgültigen Durchbruch zur Demokratie und schließlich das Ende des sowjetischen Imperiums zur Folge, Litauen brachte es die Anerkennung der Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit. Ab diesem Zeitpunkt gewannen die litauisch-russischen Beziehungen eine neue Qualität und entwickelten sich im Rahmen eines Verhältnisses zwischen zwei souveränen Staaten.

Nachdem aber der gemeinsame Feind in Gestalt des sowjetischen Zentrums weggefallen war, kam es zu einem wachsenden Dissens zwischen Litauen und Rußland. Beim Zerfall der UdSSR erklärte sich Rußland zum alleinigen Rechtsnachfolger. Übernommen hat es aber noch mehr: den Status einer globalen politischen Macht; den Großteil des sowjetischen Militärpotentials – und seine imperialistische Staatsphilosophie und -praxis. Die Positionen Moskaus gegenüber den baltischen Staaten wandelten sich bald nach 1991, und seine Interessen glichen sich wieder an die der seinerzeitigen UdSSR an.

Landsbergis hält Rußland für eine regionale Großmacht, die nicht einmal weiß, wo ihre eigenen Grenzen enden. Es hat nun wieder nachdrücklich auf die während der Konfrontation mit dem sowjetischen Zentrum verlorenen Positionen Anspruch erhoben. Rußland hat nach dem Zerfall der UdSSR seine Politik insofern umorientiert, als es versucht, die Balten in seinem (von der internationalen Staatengemeinschaft faktisch anerkannten) Einflußbereich, dem sogenannten "postsowjetischen Raum", zu halten bzw. zurückzuholen; damit sollten sich die baltischen Staaten abfinden. Rußland hat sich dabei verschiedener Methoden bedient. Auf internationaler Ebene nutzte es sein nach wie vor großes politisches Gewicht, diplomatische Kanäle und sein enormes Potential in Propaganda und Lobbying aus. Dazu kamen Möglichkeiten, in den bilateralen Beziehungen Druck auszuüben: Auf dem litauischen Territorium befanden sich nach wie vor nun der russischen Jurisdiktion unterstellte

Truppenteile der ehemaligen Sowjetarmee; die litauische Wirtschaft war von russischen Rohstoffen und Märkten abhängig; und die litauischen Einwohner russischer Nationalität, die zu einer Minderheit in einem "fremden" Land geworden waren, sahen sich als Druckmittel eingesetzt.

Litauische Antworten auf die russische Politik

1991-93 wurde die litauische Politik Rußland gegenüber durch das Bestreben bestimmt, die Unabhängigkeit der Republik endgültig zu etablieren, ihre Sicherheit zu stärken sowie sich von der einseitigen ökonomischen Abhängigkeit zu befreien. Die entsprechenden Interessen waren ziemlich klar und konsequent, was man von der russischen Politik Litauen gegenüber nicht behaupten kann. Die Regierung in Moskau war zersplittert. Entscheidungen wurden von verschiedenen Institutionen getroffen, die mitunter verschiedene politische Linien vertraten. Mit einer Institution abgestimmte Vereinbarungen konnten für lange Zeit von einer anderen blockiert werden. Auf höchstem Niveau gefällte Entscheidungen wurden von der niederrangigen Beamtenschaft ignoriert. Vorbereitete Verträge verschwanden mitunter vor der Unterzeichnung, unterfertigte wurden nicht ratifiziert oder einfach nicht umgesetzt. Wenn man mit Rußland zu tun hat, muß man mit solchen Ereignissen immer rechnen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die litauisch-russischen Beziehungen in der Folge Schwankungen unterworfen waren. Einerseits hat man für beide Seiten wichtige Resultate erreicht, die eine Grundlage für gutnachbarschaftliche Beziehungen bilden (so z.B. Jelzins Beschluß, den Grenzvertrag zu unterzeichnen, und handelspolitische Vereinbarungen). Andererseits wurde die Ratifizierung solcher Verträge auf Eis gelegt bzw. ihre Bedeutung auf ein Minimum reduziert, indem man neue Beschränkungen (so Zollerhöhungen) einführte. Einerseits deklarierte Rußland seinen guten Willen und die Bereitschaft, alle möglichen Sicherheitsgarantien abzugeben, andererseits wurden Erklärungen verbreitet oder sogar Gesetze verabschiedet, die von imperialen Bestrebungen zeugen. So empfahl der Rat für Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ein Gremium, das zahlreiche einflußreiche Vertreter von Politik, Militär, Wissenschaft und Wirtschaft versammelt) in einer Erklärung, russische Militärstützpunkte in den baltischen Staaten einzurichten (wie das im Jahre 1939 geschehen war, Anm. d. Verf.), und ein Gesetz gab Garantien für russische Militärs und ihre Familienmitglieder, welche im Kampf auf dem Territorium der baltischen Staaten zu Schaden kommen (!). Dies ist der durchaus surreale Hintergrund, mit dem litauische Politiker und Diplomaten bei der Lösung lebenswichtiger Fragen mit Rußland konfrontiert sind.

1992-93 wurden die litauisch-russischen Beziehungen durch das Problem der auf litauischem Territorium verbliebenen Truppenteile der ehemals sowjetischen Armee beherrscht. Aus heutiger Perspektive kann man urteilen, daß es Litauen und den anderen baltischen Staaten gelungen ist, die günstige internationale Situation wie auch Rußlands Lage auszunutzen und durch eine aktive und entschiedene Politik einen schnellen Abzug dieser Einheiten zu erwirken.

Rußland hat, nachdem es rechtlich an die Stelle der zerfallenen UdSSR getreten war, noch eine gewisse Zeit nach einer Neuorientierung seiner Politik gesucht. Damals waren die imperialen Zielsetzungen sowjetischer Politiker unter Moskauer Demokraten, die noch einige Zeit Einfluß auf Jelzin und seine Politik ausübten, nicht populär. Deren Position verschlechterte sich aber rasch. Der in Rußland sofort nach der Auflösung der UdSSR aufgekommene Begriff "nahes Ausland", der alle früheren Sowjetrepubliken umfaßt, betont bereits die "speziellen Interessen" Moskaus in diesem Raum. Andererseits hatte die russische Führung ihren demokratischen Ursprung noch nicht vergessen, war nachgiebiger und schenkte der westlichen Meinung größere Aufmerksamkeit. Diese Umstände kamen den Anliegen Litauens entgegen, und auch die internationale Konstellation war damals für das Land günstig.

Die litauische Haltung gegenüber den Einheiten der russischen Armee auf seinem Gebiet war eindeutig. Um dieses Problem zu bewältigen, gab sich Litauen Mühe, es noch mehr zu internationalisieren. 1991-92 hat Litauen diese Frage auf verschiedenen internationalen Foren zur Diskussion gestellt, um gegenüber der russischen Regierung auf eine Lösung zu drängen und westliche Länder einzubeziehen. Die Position Litauens fand dabei auch Unterstützung. Die Äußerungen seiner Vertreter gingen in die offiziellen Dokumente von internationalen Organisationen, Gipfeltreffen und Konferenzen ein. Der Westen verpflichtete sich, den Rückzug der russischen Armee aus Litauen mit der Finanzierung von Wohnungen für die abziehenden Militärs in Rußland zu unterstützen. Die russische Seite fand dagegen immer wieder Hindernisse: man habe keinen diesbezüglichen Vertrag, und ein solcher könne auch aufgrund verschiedener Schwierigkeiten – materielle Probleme, finanzielle Forderungen usw. – nicht ausgearbeitet werden.

Die klare litauische Haltung und der internationale Druck haben trotzdem auf Rußland gewirkt. Nach einer Intervention Jelzins unterzeichnete Rußland am 8.9.1992 einen Abzugszeitplan, den die litauische Seite bei der UNO als völkerrechtlichen Vertrag deponieren ließ. Das war um so wichtiger, weil es russischen Beamten gelungen war, einen zur Unterzeichnung vorbereiteten politischen Vertrag zu torpedieren.

Man hatte vereinbart, daß die ersten russischen Soldaten Litauen im Oktober 1992 verlassen sollen, die letzten am 31.8.1993. Der Abzug gestaltete sich dennoch kompliziert; er wurde mehrmals gestoppt und verzögert. Rußland versuchte gleichzeitig, mit verschiedenen – darunter wirtschaftlichen – Mitteln auf Litauen Einfluß auszuüben, um es zu einer Haltungsänderung in der Abzugsfrage zu bewegen. Moskau hoffte auch, daß sich die neue linke Regierung Litauens, welche nach den Wahlen im Herbst 1992 an die Macht gekommen war, ihm gegenüber nachgiebiger zeigen wird.

Die diplomatische Atmosphäre zu dieser Zeit war ziemlich angespannt, aber der Abzug ging voran. Trotzdem eine diesbezügliche politische Vereinbarung eigentlich nicht erreicht worden war, verließen am 31.8.1993 die letzten russischen Truppen litauisches Territorium. Dieses Datum markierte den Beginn einer neuen Etappe in den litauisch-russischen Beziehungen. Das Beispiel Moldowa, wo die russische Armee trotz eines – allerdings vom russischen Parlament nicht ratifizierten – Abzugsvertrages bis heute steht, hat die diplomatischen Erfolge der baltischen Länder gegenüber Rußland um so klarer hervortreten lassen und merklich zur Stärkung ihrer Souveränität beigetragen.

Nachdem sich mit dem Truppenabzug die Situation etwas entspannt hatte, konnte man sich nun anderen ungelösten Problemen in den litauisch-russischen Beziehungen widmen: Militärtransit, Verbesserung der Wirtschaftskontakte, Grenzverträge usw. Es war für Rußland wichtig, seinen damals noch in Deutschland stationierten Truppen Transitmöglichkeiten über litauisches Territorium zu sichern und eine Möglichkeit für militärische Transporte in die Exklave von Kaliningrad zu bekommen. Moskau verlangte jedoch einen exterritorialen Durchgang, und es gab auch andere Bedingungen, die Litauen – zumal vor dem Hintergrund seiner Absicht, der NATO beizutreten – unannehmbar schienen. Auch angesichts des spürbaren russischen Drucks verliefen die Verhandlungen sehr zäh, und schließlich verlor die litauische Seite jede Hoffnung auf ihre konstruktive Fortsetzung. Sie setzte mit 1.1.1995 einseitig eine Regelung über alle Arten von Militärtransit über sein Territorium in Kraft. Daraufhin wurde die russische Haltung etwas nachgiebiger, und innerhalb von zwei Wochen kam es zu einer Einigung.

In der Folge setzte eine merkliche Erwärmung der litauischen-russischen Beziehungen ein. Die russische Seite ratifizierte endlich den bereits 1993 unterzeichneten Handelsvertrag, der für Litauen eine Meistbegünstigungsklausel vorsah. Zu gleicher Zeit kam es zu einer Wandlung der russischen Politik gegenüber den baltischen Ländern. Hatte es diese bis dahin als einheitliche Region betrachtet (was sich u.a. darin äußerte, daß es alle weitgehend unterschiedslos der Diskriminierung der "russischsprachigen" Einwohner beschuldigt hat),

begann es nun, seinen Standpunkt mehr zu differenzieren. Litauen wurde wegen seiner Minderheitenpolitik gegenüber Estland und Lettland als positives Beispiel hervorgehoben, das eine Art "Zuneigung" genießen durfte; so wurde 1997 ein Grenzvertrag unterzeichnet, den allerdings das russische Parlament nicht ratifiziert und der als Druckmittel benutzt wird. In den letzten Jahren ist der Wunsch Litauens, NATO-Mitglied zu werden, der größte Stein des Anstoßes in den Kontakten zu Moskau, obwohl dieses Problem kein unmittelbarer Gegenstand der bilateralen Beziehungen ist. Litauen erwartet sich von einem Beitritt zur NATO einen Gewinn an Sicherheit; es will vermeiden, in eine sicherheitspolitische "Grauzone" zu geraten, die, wie die Geschichte gezeigt hat, letztlich von einem starken Nachbarn ausgenutzt werden kann. Litauen meint, ein souveränes Recht zu besitzen, alle ihm erforderlich scheinenden Sicherheitsverträge abzuschließen, ohne auf Rußlands Haltung zu achten. Rußland hält demgegenüber die NATO-Ambitionen der baltischen Staaten für gefährlich, da es diese für einen Bestandteil des "nahen Auslandes" hält, wo es Anspruch auf Sonderrechte erhebt, die es sogar gewaltsam zu verteidigen droht. Der Schlüssel für die Problemlösung liegt aber weder bei Litauen noch bei Rußland allein, sondern geht weit über jenen Rahmen hinaus, der hier nur kurz angedeutet werden kann.

Im Oktober 1996 fanden in Litauen Wahlen statt, welche die Rechtsparteien wieder an die Macht brachten. Sie hatten Litauen bereits 1990-92 regiert und eine harte Haltung gegenüber Rußland vertreten. Die nun wieder regierende konservativ-christdemokratische Koalition hat sich bemüht, die bilateralen Beziehungen mit Rußland wieder aufleben zu lassen, und setzte damit die Außenpolitik der früheren Linksregierung mit neuer Energie fort. Litauen hat heute mit seinen Nachbarn gute Beziehungen. Es konnte weit mehr Fragen vertraglich regeln als die anderen baltischen Staaten.

Wirtschaftsbeziehungen

Litauen war zu dem Zeitpunkt, als es die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit proklamierte, naturgemäß voll in die sowjetische Wirtschaft integriert. 1990-91 nützte die sowjetische Führung diese Tatsache zur Behinderung der litauischen Unabhängigkeitsbestrebungen aus, indem sie eine Wirtschaftsblockade verhängte. Nach dem Zerfall der UdSSR ist wirtschaftlicher Druck zum Hauptinstrument der russischen Politik gegenüber Litauen geworden. Rußland gedachte durch Handelshemmnisse verschiedene Ziele zu erreichen. Erstens versuchte es, den Abzug seiner Armee zu verzögern. Zweitens wollte es die litauische Wirtschaft schädigen. Drittens sollten der litauische Enthusiasmus abgeschwächt und politische Organisationen beeinflußt werden. Die Sperrung des russischen Marktes für Litauen zu einer Zeit, als dessen Warenexport in den Westen nur einige Prozent des Außenhandels ausmachte, alles andere dagegen nach Rußland und die GUS-Staaten ging, löste in Litauen eine Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit aus. Die Reduktion der Lieferungen von Energieträgern aus Rußland zog eine Energiekrise nach sich, die im Herbst und Winter 1992 die Wohnbedingungen merklich verschlechterte: Heißes Wasser gab es nur mit Unterbrechungen, und viele Räume konnten nicht im erforderlichen Maße geheizt werden.

Rußland wollte mit diesem Druck auch die Ergebnisse der Parlamentswahlen im Oktober 1992 beeinflussen. Sie wurden von der Litauischen Demokratischen Arbeiterpartei (LDDP) gewonnen, welche die nationaldemokratische Bewegung "Sajudis" unter Landsbergis und ihre Konfrontationspolitik gegenüber Rußland scharf kritisierte. Die LDDP konnte diesen Erfolg durch den Sieg ihres Vorsitzenden Algirdas Brazauskas bei der Präsidentenwahl im Februar 1993 ergänzen.

Damit besaß Litauen wieder eine linke Führung. Die hier zu verfolgende Evolution in der Zusammensetzung der politischen Elite sollte sich in anderen Ländern des postkommunistischen Ostmitteleuropas wiederholen. Russische Politiker dürften gehofft

haben, die Neuordnung der politischen Verhältnisse in Litauen in ihrem Sinne ausnutzen zu können. Die litauische Linke, die zwar immer noch ein exkommunistisches Etikett getragen, aber unerwartet große Unterstützung der Wähler gefunden hat, zeigte ihre Genugtuung ganz offen. Auch viele an zentralisierte Wirtschaftsregulierung gewohnte Betriebsdirektoren waren erfreut und hofften nun auf einen neuen Ressourcenzufluß aus Rußland sowie Öffnung seiner Märkte. Auch der nach wie vor "sowjetisch" denkende Teil der Bevölkerung schaute hoffnungsvoll auf die neue Linksregierung und erwartete sich, nun von dieser gesättigt und erwärmt zu werden.

Alle diese Hoffnungen wurden jedoch in der Folge mehr oder weniger enttäuscht. Die positive Bedeutung dieses Umstandes für die Entstehung neuer ökonomischer Werte in der Bevölkerung, die Umorientierung politischer Parteien und die Ernüchterung der russischen politischen Elite (die ihre Hoffnungen, Litauen bald wieder "zurückzubekommen", begraben mußte) kann kaum überschätzt werden.

Die russische politische Elite hat durch ihren politischen Druck keine Kapitulation der potentiell mit ihr sympathisierenden Teile der litauischer Elite herbeigeführt. Dies war allerdings bei der strengen Kontrolle durch die Opposition de facto ohnedies illusorisch, da die Unabhängigkeit Litauens für die Mehrheit der Öffentlichkeit ein nicht zu bestreitender Wert ist. Die linke Elite Litauens sah sich dagegen gezwungen, Rußland mit anderen Augen zu betrachten und sich zu bemühen, die politische Haltung der früheren Rechtsregierung zu übernehmen. Man machte sich schnell klar, daß die Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland nie wieder ihren früheren Umfang erreichen werden. Man konnte nur auf die eigenen Kräfte bauen, die Produktion umstrukturieren sowie nach alternativen Märkten und Quellen von Ressourcen Ausschau halten. 1991 betrug der Anteil des Westens am litauischen Außenhandel nur 5,1% (Export) bzw. 9,8% (Import), während der Löwenanteil, nämlich drei Fünftel, auf Rußland entfiel. Litauen hat aus den Ereignissen der Jahre 1991-92 die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen. Folgende Tabelle dokumentiert die Umorientierung seines Außenhandels:

Tab. 1: Der Außenhandel Litauens mit Rußland/R und Deutschland/D (in Prozent vom Gesamtumfang)

EXPORT	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Rußland	56,5	31,8	33,1	28,2	20,4	24	24,5
Deutschland	0,6	4,6	6,8	11,5	14,4	12,8	11,4
IMPORT	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Rußland	49,6	57,7	53,7	39,3	31,2	25,9	24,3
Deutschland	1,2	4,7	9,7	13,8	14,3	15,8	18,7

Quelle: Lithuania's Statistics Yearbook; Ausgaben von 1993, 1994-1996, 1997, 1998.

Der ökonomische Druck Rußlands führte schließlich genau zum Gegenteil der von ihm angestrebten Resultate. Litauen erlitt zwar große Verluste, konnte aber an der Stelle alter Beziehungen neue etablieren. Es gelang der litauischen Wirtschaft innerhalb relativ kurzer Zeit, sich umzuorientieren und die Abhängigkeit von Rußland zu reduzieren. Im Zeitraum 1991 bis 1995 (als die diskriminierenden Beschränkungen für litauische Waren endlich aufgehoben wurden) sank der litauische Export nach Rußland um fast zwei Drittel. Litauische Waren, die wegen der hohen Zölle in Rußland praktisch unverkäuflich waren, erschlossen im Westen neue Absatzmärkte. Während 1993 noch 78% der litauischen Leichtindustrieprodukte auf die GUS-Staaten entfallen waren, gingen im nächsten Jahr bereits 80% dieser Produktion in den Westen. Insbesondere bei den Energieträgern hatten litauische Abhängigkeiten

bestanden. Um diese zu reduzieren, war bereits 1992 mit dem Aus- und Umbau des Hafens Klaipeda und seiner Adaptierung für den Import von Erdölprodukten begonnen worden. Die Umorientierung der Außenwirtschaft hat Litauen nicht nur politische, sondern auch ökonomische Sicherheit verschafft. Diese Tatsache wurde angesichts der im August 1998 nochmals verschärften Wirtschaftskrise Rußlands offensichtlich, wegen der die Verrechnungen zwischen beiden Staaten abbrachen; nach Rußland orientierte litauische Betriebe verloren ihre Absatzmärkte und machten somit Verluste. Da auf Rußland immer noch ein Viertel des litauischen Exports entfällt, waren Auswirkungen der russischen Krise auch auf Litauen unausbleiblich. Doch wurde der Einfluß der wirtschaftlichen Lage Rußlands auf Litauen in Laufe von acht Jahren in dem Ausmaß kleiner, in dem es den vorwiegend nach Rußland exportierenden litauischen Betrieben gelang, sich von der einseitigen Abhängigkeit zu befreien. Die russische Wirtschaftskrise alleine ist nun nicht mehr imstande, Litauen maßgeblich zu beeinflussen. Allerdings kam 1998 das Echo der global spürbaren Finanzkrise in Asien dazu, und beide Faktoren zusammen waren geeignet, jene litauischen Unternehmen (v.a. Nahrungsmittelindustrie, Transportwesen) zu schädigen, die von russischen Absatzmärkten abhängig sind. Auch sind die Aktivitäten auf dem Aktienmarkt zurückgegangen. Andererseits wurde die russische Finanzkrise ein Impuls, der die weitere Umorientierung der litauischen Wirtschaft vorantreibt. Aufgrund früherer Erfahrungen haben sowohl die Regierung wie auch die Produzenten selbst diesmal sofort gehandelt, um litauischen Waren neue Exportwege zu öffnen.

Die russische Wirtschaftskrise hat letztlich einen durchaus positiven psychologischen Einfluß auf die Litauer ausgeübt und die von der litauischen Regierung gegenüber Rußland realisierte Politik legitimiert. Litauische Bürger fühlen sich viel sicherer als russische. Aus russischer Sicht scheinen Litauen und die anderen baltischen Staaten stabile und fortschrittliche Länder zu sein, wo Gehälter regulär ausbezahlt werden und die Kurse der nationalen Währungen kaum Schwankungen unterliegen. Insgesamt kann man festhalten, daß der wirtschaftliche Druck Rußlands der politischen Elite Litauens zum Vorteil gereicht hat.

Das Problem der russischsprachigen Minderheiten

Die Noten des Außenministeriums und die Meldungen der Massenmedien über das Baltikum in Rußland sind von der Lage der "russischsprachigen" Minderheiten beherrscht, die, so die grundsätzliche russische Lesart, "diskriminiert" werden. Litauen wird in diesem Zusammenhang aber nun kaum noch erwähnt; dafür stehen Lettland und Estland im Kreuzfeuer der Kritik. Litauen wird vielmehr mitunter sogar als positives Beispiel zur Problemlösung dargestellt.

Die den Staatsbürgerschaftsgesetzen in Litauen, Lettland und Estland zugrunde gelegten Prinzipien sind identisch, obwohl ihre Ergebnisse unterschiedlich ausfielen. Die Gemeinsamkeit der Prinzipien wurde durch das ähnliche historische Schicksal der baltischen Staaten bestimmt. Sie haben ihre 1940 durch die sowjetische Okkupation und Annexion untergrabenen souveränen Rechte wiederhergestellt. Ausgangspunkt der Staatsbürgerschaftsgesetze ist die Kontinuität der Staatspersönlichkeit, was auch die Kontinuität des Staatsvolkes einschließt. Der litauische Rechtstheoretiker D. Zalimas meinte, daß "Okkupation und Annexion der Republik Litauen als internationales Verbrechen zu definieren" seien, "da sie sowohl in Verletzung von damals allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen der Nichtanwendung von Gewalt, der friedlichen Streitbeilegung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Staates sowie der gewissenhaften Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen als auch durch die Verletzung von vielen bilateralen litauisch-russischen Vertragsbestimmungen begangen wurden, denen diese Rechtsgrundsätze zugrunde lagen. In solchen Fällen findet der aus dem römischen Recht bekannte und in allen Rechtssystemen angewandte Grundsatz 'ex injuria jus non oritur' (= aus

Unrecht geht kein Recht hervor) Anwendung. Laut diesem Rechtsgrundsatz hat die Sowjetunion keine souveränen Rechte auf das besetzte litauische Territorium erworben; rechtlich ist Litauen kein Bestandteil der UdSSR geworden, vielmehr hat es die ganze Okkupationszeit als Völkerrechtssubjekt existiert. Das ist das Wesen der rechtspersönlichen Kontinuität der Republik Litauen". Mit diesem Rechtsgrundsatz haben mehr als 50 Länder ihre Nichtanerkennung der Okkupation Litauens durch die UdSSR begründet, und auf dieser Grundlage konnten in manchen Ländern sogar litauische Botschaften weiter existieren. Die baltischen Staaten haben mit diesem Rechtsgrundsatz die Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit und die Kontinuität der wesentlichsten staatlichen Institutionen, darunter der Staatsbürgerschaft, begründet.

Mit der Unabhängigkeit ist auch die litauische Staatsbürgerschaft wieder zu ihrem Recht gekommen; nach in Litauen vorherrschender Ansicht waren seine Bürger rechtlich nie Staatsangehörige der UdSSR. Dieses rechtliche Prinzip bringt aber auch keine Verpflichtungen gegenüber früheren sowjetischen Bürgern mit sich. Sowjetische Bürger waren keine natürlichen Personen, die mit dem litauischen Staat staatsbürgerliche Beziehungen unterhalten haben. Diese Beziehungen bestanden nur für ehemalige Bürger der litauischen Republik (d.h. bis 1940) und ihre Nachkommen. In dieser Hinsicht gibt es keine Unterschiede zwischen den baltischen Ländern. Aber anders als in Lettland und Estland gründet sich die Bestimmung der Staatsbürgerschaft in Litauen nicht nur auf dieses Prinzip. Litauen begann bereits 1989 mit der Regelung dieser Frage: Am 3.11. dieses Jahres verabschiedete der Oberste Sowjet der Litauischen Sowjetrepublik ein Staatsbürgerschaftsgesetz. Darin enthaltene wichtige Bestimmungen hat auch das neue, am 5.12.1992 verabschiedete Staatsbürgerschaftsgesetz anerkannt. Laut diesen Rechtsakten haben jene Personen, die bis zum 3.11.1989 in Litauen geboren wurden, sowie ihre Nachkommen und alle, die in dieser Zeit in Litauen gewohnt und eine legale Arbeit gehabt haben, die Staatsbürgerschaft automatisch erhalten. Ihnen allen stand aber eine Frist von zwei Jahren zu, innerhalb der sie auf die Staatsbürgerschaft verzichten konnten.

Dieser gesetzliche Rahmen wurde als sehr vereinfachtes Einbürgerungsprinzip aufgefaßt. Er hat zweifellos dazu beigetragen, in einer politisch sehr unruhigen Zeit eine Stabilisierung zu erreichen. Wie die Erfahrung zeigte, war das ein humaner und wohlüberlegter Schritt. Im April 1990 unterstützten bei Meinungsumfragen 69% der Litauer, aber nur 18% der Vertreter anderer Nationalitäten eine litauische Unabhängigkeit; weitere 28% der Litauer und 45% andere Nationalitäten stimmten zwar zu, meinten aber, daß es noch zu früh wäre. Nur 3% der Litauer, aber 33% andere Nationalitäten waren definitiv gegen die Unabhängigkeit. Die automatische Einbürgerung war eine den Nichtlitauern freundlich gereichte Hand. Für sie verliefen die zwei Jahre, in denen man eine Entscheidung über die Staatsbürgerschaft treffen sollte, mitunter schwer und dramatisch. Diejenigen, die damals für die Unabhängigkeit auftraten, konnten sich für die litauische Staatsbürgerschaft entscheiden. Die anderen besaßen die Möglichkeit, darauf aus freien Stücken zu verzichten. Ein Teil der Einwohner war gegen die litauischen Unabhängigkeitsbestrebungen, hat nicht an ihren Erfolg geglaubt und einen solchen auch nicht gewünscht. Diese Personen behielten dann die russische Staatsbürgerschaft. Die Entscheidung lag jedenfalls bei ihnen selbst. Daher hatten weder die nationalen Minderheiten noch ein hinter diesen bedrohlich stehendes Rußland Litauen etwas vorzuwerfen. Rückblickend kann man jedenfalls sagen, daß durch die überlegte und human gestaltete Staatsbürgerschaftsgesetzgebung den Diskriminierungsvorwürfen Rußlands (die es, wie erwähnt, gegen Lettland und Estland ständig vorbringt) in Litauen der Boden entzogen wurde. Somit erweiterte sich auch der Kreis der Anhänger der litauischen Unabhängigkeit. Es gelang, die nationale Eintracht unter den Bedingungen ökonomischen Drucks von außen und einer sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation zu bewahren.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß sich Litauen bei der Gestaltung seiner Staatsbürgerschaftsgesetzgebung nicht nur von politischen und humanitären Motiven hat

leiten lassen. Auch der im Vergleich zu Lettland und Estland sehr viel höhere Anteil der Titulnation an der Bevölkerung, der sich während der Sowjetzeit kaum reduzierte, hat eine maßgebliche Rolle gespielt: Während er 1939 80,6% und 1989 79,9% betrug, ging im gleichen Zeitraum der Anteil der Esten an der Bevölkerung Estlands von 77% auf 52% und der Anteil der Letten an der Bevölkerung Lettlands von 88,1% auf 61,5% zurück. Die in Litauen günstigere Situation erklärt sich aus dem sehr lange anhaltenden Widerstandskampf gegen die sowjetische Okkupation sowie dem Umstand, daß Industriegiganten in Litauen nicht in den Großstädten (wo die Sowjetmacht dann in Estland und Lettland Slawen ansiedelte) gebaut wurden, sondern dort, wo genügend einheimische Arbeitskräfte vorhanden waren. Zudem waren die Litauer unter den aus ihren Deportationsorten im Osten der UdSSR in die Heimat zurückkehrenden Personen überproportional stark vertreten. Die Zusammensetzung der nationalen Minderheiten hatte sich zwischen 1939 und 1989 stark gewandelt: An die Stelle der im Krieg ausgerotteten Juden und ausgewanderten Deutschen waren v.a. Russen, Ukrainer und Belorussen getreten.

Die Vertreter nichtlitauischer Nationalitäten hatten bei den Parlamentswahlen 1992 überwiegend für die Linke gestimmt und somit maßgeblich zu deren Sieg beigetragen. Da die LDDP die in sie gesetzten Hoffnungen jedoch nicht rechtfertigte, haben sich die Nichtlitauer bei den Wahlen 1996 passiv verhalten, so daß die Rechte gewinnen konnte.

Wenn es Rußland gelänge, die Stimmungen der nationalen Minderheiten im Baltikum zu manipulieren, stünde ihm ein gewaltiges Einflußinstrument zur Verfügung. Das versteht Moskau natürlich, und daher gibt es vor, die Interessen dieser Minderheiten zu verteidigen. Seine Politik war aber kontraproduktiv; so haben unter den russischen Wirtschaftssanktionen auch und gerade die "Russischsprachigen" gelitten, da sie vielfach in Großbetrieben arbeiten, welche wegen der aus sowjetischer Zeit stammenden Vernetzungen mit der russischen Wirtschaft besonders großen Schaden davontrogen.

Die Minderheiten in Litauen haben breite gesetzlich garantierte und praktisch realisierbare Möglichkeiten für ihre nationale und kulturelle Entwicklung, die durchaus Vorbild für andere Länder sein könnten. So gibt es ein ganzes Netz an polnischen und russischen Elementar-, Grund- und Mittelschulen. Kürzlich wurde in Litauen eine neue belorussische Mittelschule gegründet; demgegenüber schließt das autoritäre Regime von Präsident Alexander Lukaschenko in Belarus zahlreiche in belorussischer Sprache geführte Schulen. Mit Staatsmitteln wird auch eine Reihe von Kulturinstitutionen der nationalen Minderheiten (z.B. Russisches Schauspielhaus, Jüdisches Museum) unterhalten, viele ihrer Kulturinitiativen finden Unterstützung.

Die Unterhaltung nationaler Schulen kommt dem verhältnismäßig armen Land teuer. So kostet ein litauisches Lehrbuch wegen der natürlich größeren Auflagen durchschnittlich nur die Hälfte bis ein Drittel eines Buches für Schüler der Minderheiten. Auch die Ausbildung von einschlägigen Fachleuten ist kostspielig, da der gesamte Unterricht in den Schulen der Minderheiten in deren Muttersprache abläuft. In manchen Gegenden (so z.B. in der Hauptstadt Vilnius) haben sich die nationalen Minderheiten nach dem Zerfall der UdSSR sogar in einer privilegierten Lage wiedergefunden: da die Zahl der litauischen Schulen zugenommen hat, müssen sie in zwei oder mehr Schichten arbeiten. Dagegen sind die russischen Schulen halb leer. Alle Versuche, sie zusammenzuschließen und dadurch die Raumsituation der litauischen Schulen etwas zu verbessern, sind an den liberalen Gesetzen gescheitert. Es ist aufschlußreich, daß sich die russische Botschaft hier wie auch in die Lösung anderer, vergleichsweise unbedeutender Fragen des täglichen Lebens, die zweifellos unter die Kompetenz lokaler litauischer Behörden fallen, einmischt.

Wenn sich Litauen bis zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit durch einen positiven Immigrationssaldo (jährlich 7.000 - 10.000 Personen) aus anderen Republiken auszeichnete, so wurde der Saldo bis 1996 negativ (vgl. Tab. 2). Wie aus der Tabelle weiters ersichtlich ist, hat die bis 1996 anhaltende Netto-Auswanderung aus Litauen inzwischen aufgehört.

Tab. 2: Migration und Emigration nach bzw. aus Litauen

Jahr	Migration	Emigration	Migrationssaldo /mit GUS-Staaten
1991	20.703	11.828	-8.875 / -7.657
1992	28.855	6.640	-22.215 / -21.490
1993	15.990	2.850	-13.140 / 12.564
1994	4.246	1.664	-2.582 / -2.023
1995	3.773	2.020	-1.753 / 1.256
1996	3.940	3.025	-915 / -445
1997	2.457	2.536	79 / 396

Quelle: Statistical Yearbook of Lithuania 1998. Vilnius 1998.

In Rußland werden die nationalen Minderheiten in den baltischen Staaten meist unter dem Begriff "Russischsprachige" zusammengefaßt. Sie sind allerdings keineswegs national homogen: 1996 lebten in Litauen 8,3% Russen, 7% Polen, 1,5% Belorussen, 1% Ukrainer, 0,1% Juden sowie zusammen 0,7% andere Nationalitäten (Litauer 81,4%).

Die nationalen Minderheiten betätigen sich in Litauen nicht nur auf kulturellem Gebiet; sie verfügen über eigene politische Bewegungen. So gibt es Vertreter der Polen im Seimas (Parlament). Die Russen sind untereinander uneinig und haben daher keine direkten Vertreter, obwohl es Abgeordnete russischer Herkunft gibt. Die Russen in Litauen unterscheiden sich hinsichtlich ihres historischen Verhältnisses zu Litauen wie auch ihrer wesentlichen Werte. Jene, deren Vorfahren in der Zarenzeit ins Land kamen, sind längst in die Gesellschaft integriert und unterscheiden sich in politischer Hinsicht kaum von den Litauern. Spätere Einwanderer sind verschieden gut integriert. Jene, die aus kulturellen Überlegungen gekommen waren, haben sich einfacher und rascher zurechtgefunden. Andere, die aus wirtschaftlichen Gründen in Litauen (das bereits zu sowjetischen Zeiten einen höheren Lebensstandard als z.B. Rußland hatte) leben wollten, hatten es schwerer. Manche von ihnen kehrten dem Land während des Prozesses der Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit (oder kurz danach) dem Rücken. Die meisten aber sahen keinen Grund, Litauen zu verlassen, da dort der durchschnittliche Lebensstandard höher ist als in Rußland (von Belarus oder der Ukraine ganz zu schweigen).

Univ.-Doz. Dr. Kestutis Masiulis
 Institut für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaft
 Universität Vilnius (Litauen)

Erschienen in:
 Informationen zur Sicherheitspolitik Nr.23 (Oktober 1999);
 Die Beziehungen zwischen Rußland und den baltischen Staaten;